



Vorlage an den Landrat

betreffend Beantwortung der Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003 "Wie steht es um die Integration im Kanton Baselland?" (2003/022)

vom 25. März 2003

Am 23. Januar 2003 reichte Landrat Roger Moll im Namen der FDP-Fraktion eine Interpellation zum Stand der Integration von Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Basel-Landschaft mit folgendem Wortlaut ein:

Wie steht es um die Integration im Kanton Baselland?

I. Ausgangslage

Die Integration von Ausländerinnen und Ausländern, die nicht bloss vorübergehend, sondern während längerer Zeit oder gar unbefristet in der Schweiz ansässig sind, ist eine vordringliche und unverzichtbare Aufgabe. Integration ist keine einseitige Angelegenheit, sondern bedarf aktiver Anstrengungen: Nicht nur von Seiten des Gastgeberlandes, des Gastgeberkantons, der Wohnsitzgemeinde und deren Institutionen, sondern vor allem auch von den Ausländerinnen und Ausländern selbst. Eine sinnvolle Integrationspolitik muss von Massnahmen begleitet sein, welche es der ausländischen Wohnbevölkerung ermöglichen, sich mit der Sprache, der Mentalität, der Kultur, den gesellschaftlichen Gepflogenheiten, den staatspolitischen Grundlagen und der Gesetzgebung in den Grundzügen vertraut zu machen. Die FDP erwartet, dass sich die hier ansässigen Ausländerinnen und Ausländer integrieren und vor allem eine der Landessprachen erlernen.

Gemäss unserer Kantonsverfassung sind Kanton und Gemeinden verpflichtet, in Zusammenarbeit mit privaten Organisationen, die Wohlfahrt und die Eingliederung der Ausländer zu fördern (§ 108).

II. Fragen an den Regierungsrat

Seit dem Inkrafttreten dieser Verfassungsbestimmung sind nun 15 Jahre vergangen. Im Sinne einer Standortbestimmung bitten wir den Regierungsrat um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welches Konzept liegt der Integrationspolitik in unserem Kanton zugrunde?
2. Welche Aktivitäten und Massnahmen haben Kanton und Gemeinden bisher unternommen, um die Integration der Ausländerinnen und Ausländer in unserem Kanton zu fördern?
3. Mit welchen privaten Institutionen ist die Zusammenarbeit bisher erfolgt?
4. Welchen Beitrag hat das Forum für Integrationsfragen bisher an die Integration von Ausländerinnen und Ausländern leisten können?
5. Zu welchen Ergebnissen haben die bisher durchgeführten Integrationsmassnahmen geführt?
6. Welches Fazit zieht der Regierungsrat aus der bisherigen Integrationspolitik? Wo sieht er die Vorzüge, wo die Nachteile der in unserem Kanton geltenden Konzeption?
7. Welchen Stellenwert räumt der Regierungsrat der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Zukunft ein und bei welchen Themen wird das Schwergewicht der Integrationspolitik in den nächsten Jahren liegen?
8. Welcher Beitrag wird von Seiten der ausländischen Bevölkerung an ihre eigene Integration erwartet?

Der Regierungsrat nimmt zur Interpellation wie folgt Stellung:

Frage 1

Welches Konzept liegt der Integrationspolitik in unserem Kanton zugrunde?

Antwort

Der Kanton Basel-Landschaft orientiert sich stark an der Integrationspolitik des Bundes, namentlich derjenigen der Eidgenössischen Kommission für Ausländer (EKA). Der Kanton Basel-Stadt hat ebenfalls ein sehr differenziertes sorgfältiges Leitbild seiner Integrationspolitik erarbeitet.

Deshalb wurde im Kanton Basel-Landschaft auf Seiten des Forums für Integration ganz bewusst darauf verzichtet, erneut die gleiche Diskussion um ein Leitbild zu führen.

Die Grundgedanken fast aller Integrationsleitbilder, nämlich die Wahrung der Chancengleichheit, den ressourcenorientierten Ansatz in der Integrationsarbeit und gute Sprachbildung als prioritäres Instrument für eine gute Integration sind selbstverständlich auch die Grundpfeiler der basellandschaftlichen Integrationspolitik.

Frage 2

Welche Aktivitäten und Massnahmen haben Kanton und Gemeinden bisher unternommen, um die Integration der Ausländerinnen und Ausländer in unserem Kanton zu fördern?

Antwort

Auf Kantonebene wurde

- Ende 1999 eine Stabsstelle für Integrationsfragen geschaffen, die seit August 2000 über ein 50% Pensum verfügt (Nov. 99-Juli 2000 20%).
- Zudem wurde eine regierungsrätliche Kommission eingesetzt, das sogenannte Forum für Integrations- und Migrationsfragen.
- Begrüssungs- und Informationsanlässe für Neuzugezogene finden einmal pro Monat beim Ausländerdienst BL statt.
- Das Frauenbildungsprojekt "Connectica" ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Bund, Kanton und Gemeinden. Zur Zeit laufen in rund 15 Gemeinden Connectica-Deutschkurse.
- Im Februar 2003 startete zudem auch der neue Deutschkurs "Sugal con Chili" im Gymnasium Münchenstein. Dieser Intensivkurs ist ausgerichtet auf neu nachgezogene, nicht mehr schulpflichtige Jugendliche und beinhaltet auch ein 4-tägiges Konflikttraining (finanziert mit Unterstützung vom Bund).
- Das Schul-, Integrations- und Elternbildungsprojekt "AKEP" erteilt Zusatzunterricht, sowohl in der Muttersprache, wie auch in Deutsch, Mathematik, Französisch für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und organisiert ausserschulische Aktivitäten. Dieses Projekt wird über das Schulinspektorat finanziert.
- Informationsveranstaltungen über das Schul- und Bildungswesen im Kanton Basel-Landschaft in verschiedenen Sprachen.
- "Mel" - Migrantinnen in der Elternarbeit ist bei der Gesundheitsförderung Baselland angesiedelt.
- Auf der bikantonalen Datenbank www.integrationbsbl.ch können interessierte SchweizerInnen, MigrantInnen und Angestellte von Behörden und Ämtern integrationsrelevante Daten abfragen.
- Ein kantonales Integrationsgesetz soll entstehen.
- Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit lanciert der Kanton Basel-Landschaft, gemeinsam mit Basel-Stadt die bikantonale Kampagne "Tatsachen gegen Vorurteile".
- Das Mediationsprojekt Streit.Los fördert konstruktives Konfliktverhalten bei Nachbarschaftsstreitigkeiten und fördert somit das friedliche Zusammenleben der CH- und Migrationsbevölkerung. Die Dienste von Streit.Los sind in beiden Basel kostenlos.

Frage 3

Mit welchen privaten Organisationen ist die Zusammenarbeit bisher erfolgt?

Antwort

Im Rahmen von Leistungsvereinbarungen erfolgt eine Zusammenarbeit mit folgenden Anbietern:

- Ausländerdienst Baselland
- Private Projektanbieter
- Migrantenorganisationen

Frage 4

Welchen Beitrag hat das Forum für Integrationsfragen bisher an die Integration von Ausländerinnen und Ausländern leisten können?

Antwort

- Das Forum für Integrationsfragen organisierte in den Jahren 2000, 2001 und 2002 Informationsveranstaltungen zu verschiedenen migrationsspezifischen Themen
- Erstellte im Auftrag des Regierungsrates ein Grobkonzept für einen kantonalen Integrationskurs
- Wurde bei integrationsrelevanten Vernehmlassungen miteinbezogen
- Unterstützte die Entwicklung verschiedener Projekte, z.B. Connectica
- Prüfte Integrationsprojekte und Antragsstellungen auf finanzielle Unterstützung
- Erarbeitete integrationsfördernde Massnahmen und Konzepte.

Frage 5

Zu welchen Ergebnissen haben die bisher durchgeführten Integrationsmassnahmen geführt?

Antwort

- Seitdem die Integrationsarbeit als staatliche Aufgabe vom Kanton wahrgenommen wird, ist natürlich auch eine koordiniertere Politik mit dem Bund, den Gemeinden und den Migrantenorganisationen möglich.
- Durch den dauernden Dialog können Doppelspurigkeiten vermieden und Synergien genutzt werden.
- In den letzten drei Jahren sind Strukturen entstanden, die den neu ankommenden Migrantinnen und Migranten eine klare Orientierungshilfe bieten und den Integrationsprozess fördern.
- Die Angebote im Integrationsbereich sind in der Zwischenzeit - gemäss Bedürfnis - markant verbessert, leichter zugänglich und gut vernetzt worden.

Frage 6

Welches Fazit zieht der Regierungsrat aus der bisherigen Integrationspolitik? Wo sieht er die Vorzüge, wo die Nachteile der in unserem Kanton geltenden Konzeption?

Antwort

Ausgezeichnet bewährt hat sich das Konzept, in der Integrationsarbeit von Seiten des Kantons mit einem privaten "Lizenznehmer", in diesem Fall dem Ausländerdienst in Pratteln, zusammenzuarbeiten und eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen.

Dank der effizienten Zusammenarbeit von Ausländerdienst, Forum und Stabsstelle, konnten bereits während der Aufbauphase, in einer relativ kurzen Zeitspanne, wichtige Projekte, wie z.B. die "NeuzuzügerInnenbegrüssung" und "Connectica" realisiert werden.

Die Einrichtung eines Integrationskontos beim Lotteriefonds Baselland lässt eine rasche und weitgehend unbürokratische Finanzierungsregelung zu. Da Lotteriefondsgelder jedoch nur eine einmalige Anschubsfinanzierung zulassen, ist die langfristige Unterstützung von wichtigen Integrationsprojekten noch nicht geregelt.

Der Kanton Basel-Landschaft ist in wichtigen nationalen Gremien vertreten und schneidet im Vergleich mit anderen Kantonen sehr gut ab. Es gibt vereinzelt Kantone, die in der Integrationsarbeit führend sind, wie z.B. der Kanton Neuenburg, der Kanton Basel-Stadt und die Stadt Zürich. Diese Kantone verfügen allerdings auch über entsprechend grössere finanzielle und personelle Ressourcen.

Im weiteren muss Integration als Querschnittsaufgabe vermehrt in allen Direktionen wahrgenommen werden.

Frage 7

Welchen Stellenwert räumt der Regierungsrat der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Zukunft ein und bei welchen Themen wird das Schwergewicht der Integrationspolitik in den nächsten Jahren liegen?

Antwort

Integrationsfragen sind Seismografen der gesellschaftlichen Befindlichkeit. Sie sind nie gleichmässig verteilt und immer abhängig von der Entwicklung der Migrationsströme. Integration bleibt auch in den nächsten Jahren ein wichtiges Thema. Für Baselland heisst dies, dass Kanton und Gemeinden ihre Integrationsbemühungen weiterhin intensivieren müssen. Dieser Notwendigkeit wird ja auch namentlich durch die Schaffung eines Integrationsgesetzes Rechnung getragen.

Frage 8

Welcher Beitrag wird von Seiten der ausländischen Bevölkerung an ihre eigene Integration erwartet?

Antwort

Integration ist ein gegenseitiger Prozess, der natürlich auch Anstrengungen auf Seiten der MigrantInnen erfordert. Die Aufnahmegesellschaft sollte hier die Integrationsbereitschaft durch entsprechende Angebote unterstützen. Selbstverantwortung wird vor allem durch Mitspracherecht und Partizipation am gesellschaftlichen Leben in der neuen Heimat gefördert. In diesem Sinne möchten wir nach dem Grundsatz "Wer fordert, fördert" die im Kanton Basel-Landschaft wohnhaften Migrantinnen und Migranten dazu motivieren, von dem breiten Integrationsangebot Gebrauch zu machen. Wenn wir die vermehrte Nachfrage nach Deutschkursen in Betracht ziehen, ist uns das auch gelungen.

Motivations- und Willenskraft sind aber letztlich bei jedem Menschen individuell verschieden stark ausgeprägt und entziehen sich dem Aufgabenbereich des Staates.

Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir, die Interpellation 2003/022 "Wie steht es um die Integration im Kanton Baselland?" als erledigt abzuschreiben.

Liestal, 25. März 2003

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin: Schneider-Kenel

Der Landschreiber: Mundschin